

II- 1451 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. Juli 1971

No. 772/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr HALDER  
und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Verwirklichung der Vorschläge der Verwaltungsreform-  
kommission.

Die Verwaltungsreformkommission hat in ihrem Bericht an die  
Bundesregierung vom Dezember 1970, den die Bundesregierung am  
23. April 1971 dem Nationalrat zugeleitet hat, folgende Vor-  
schläge zur Reform der Verwaltung in ihrem Ressortbereich  
erstattet:

Durchführung der in Aussicht genomme-  
nen Neuordnung der Organisation der  
Gerichte, vor allem mit dem Ziele, die  
Zahl der kleinen und unrationell arbeiten-  
den Bezirksgerichte zu vermindern.

Integrierung der Sondergerichte in die  
ordentliche Gerichtsbarkeit.

Abkürzung des Instanzenzuges im zivil-  
rechtlichen Verfahren.

Mitarbeit bei der Neugestaltung der  
Gerichtsordnung unter Berücksichtigung  
von hiezu eingegangenen Verwaltungs-  
reformvorschlägen.

Ersatz der Schriftführerprotokollierung  
durch „Schallträger“ im zivilrechtlichen  
Verfahren.

Verbesserung der Formulare, Anpassung  
an die neuen Bearbeitungsmaschinen  
(unter Berücksichtigung eingegangener  
Verwaltungsreformvorschläge).

Vereinfachungen beim Grundbuch, Über-  
gang zum Karteiverfahren mit Berücksich-  
tigung der Möglichkeit späterer Com-  
puterbearbeitung.

Vorarbeit für eine computergerechte  
Erfassung und Aufschlüsselung von Daten  
aus Justizverwaltung und Rechtsprechung  
mit dem Ziele, die Möglichkeiten, die die  
elektronische Datenverarbeitung bietet, für  
die Aufgaben des Ressorts, insbesondere  
für eine Rechtsdokumentation nutzbar zu  
machen.

Vorarbeiten zu einer Automatisierung des  
Tilgungswesens, [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

An Sofortmaßnahmen werden vorgeschlagen:

Der Einsatz von EDV-Anlagen ermöglicht es, das Tilgungswesen zu automatisieren. Von dieser Verbesserung werden besonders jene Staatsbürger, die — oft mangels der erforderlichen Sachkenntnis — von sich aus nicht die Initiative zur Einleitung eines Tilgungsverfahrens ergreifen, Vorteile genießen.

Die Bundesregierung hat laut Pressemeldungen zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht in allen Belangen mit den Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission identifiziere, sondern daß sie dem Nationalrat ihre eigenen Vorschläge erstatten werde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang folgende

A n f r a g e :

- 1) Mit welchen der vorerwähnten Vorschläge der Verwaltungsreformkommission stimmen Sie überein?
- 2) Mit welchen Vorschlägen stimmen Sie nicht überein?
- 3) Wann werden Sie dem Nationalrat konkrete Maßnahmen in jenen Belangen vorschlagen, in denen Sie mit der Verwaltungsreformkommission übereinstimmen?
- 4) Welche anderen Vorstellungen haben Sie im einzelnen zu jenen Vorschlägen der Verwaltungsreformkommission, mit denen Sie nicht übereinstimmen?
- 5) Wann werden Sie solche konkrete Vorschläge dem Nationalrat vorlegen? //